

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP



Ausgabe April 2018

Türkei: Katastrophale Bilanz!

Der „Fortschrittsbericht“ ist wieder ein „Rückschrittsbericht“, so Markus Ferber in Straßburg und fordert „spürbare Konsequenzen“ und ein „deutliches Signal“ an Ankara. „Die Türkei wird mehr und mehr zur Diktatur. Wir sind schon lange an einem Punkt angelangt, an dem wir als Europäische Union keine Beitrittsgespräche mit der Türkei mehr führen können und dürfen. Ein Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen ist längst überfällig.“ Ferber kritisiert die Kommission dafür, dass es trotz dieser „katastrophalen Bilanz“ keine spürbaren Konsequenzen gibt. „In der Türkei sind Menschenrechtsverletzungen und politisch motivierte Verhaftungen inzwischen an der Tagesordnung. Eine Regierung, die sich so verhält, kann kein enger Partner für die EU und schon gar kein EU-Mitglied sein.“

Abfallpaket: Erleichterung fürs Handwerk durchgesetzt

Gute Nachrichten fürs Handwerk: Die Kleinmengenregelung beim Transport von Abfällen hat auch weiterhin Bestand. Das Europäische Parlament hat bei der Verabschiedung des Abfallpakets die Ausnahmeregelung bestätigt. Markus Ferber hatte sich seit Beginn des Gesetzgebungsprozess für diese Erleichterungen eingesetzt und erklärte: „Im Arbeitsalltag von

Handwerksbetrieben ist der Transport von Abfällen unvermeidlich. Das erzielte Ergebnis schafft keine neue Bürokratie für unsere Handwerker. Anmelden müssen Betriebe den Transport nur, wenn sie bestimmte Mengen überschreiten. Einen mit Öl verschmutzten Lappen nach der Montage für die Heimfahrt registrieren zu müssen, wäre absurd gewesen“, so Markus Ferber.

Datenskandal bei Facebook

Nach dem Datenskandal um Facebook und Cambridge Analytica hat das Europäische Parlament den Datenschutz und die Privatsphäre der EU-Bürger auf die Tagesordnung gesetzt. Markus Ferber unterstützt die Initiative den Gründer von Facebook Mark Zuckerberg nach den Enthüllungen ins Parlament vorzuladen. „Die Situation muss lückenlos aufgeklärt werden. Als EU-Gesetzgeber sind wir gewillt, von allen rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um die EU-Datenschutzregeln durchzusetzen. Dazu gehören auch Geldstrafen.“

Emmanuel Macron in Straßburg

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in dieser Woche eine Rede im Europarlament in Straßburg gehalten. Er drängt die EU zum Handeln. Die

Reform der Wirtschafts- und Währungsunion müsse vorangetrieben werden, sagte er vor dem EU-Parlament - auch mit Blick auf die Europawahlen. Markus Ferber hat sich von der Rede mehr konkrete Vorschläge erwartet und erklärte: „Die ausgestreckte Hand aus Paris kann nicht heißen: Herr Macron hat eine Reformidee und die Bundesregierung hat sie zu finanzieren. Das wäre falsch verstandene Solidarität in Europa.“ Macrons Forderung nach einem eigenen Haushalt für die Eurozone erteilt Ferber eine klare Absage.

Wer sind die Eigentümer hinter Briefkastenfirmen?

Das Europäische Parlament verabschiedete diese Woche die Reform der Geldwäschevorschriften. Künftig müssen die Inhaber von Briefkastenfirmen offen gelegt werden: „Derzeit ist es viel zu leicht, die tatsächlichen Besitz- und Eigentumsverhältnisse mittels komplizierter Firmenstrukturen und Briefkastenfirmen zu verschleiern. Die Steuerverwaltungen können aber nur dann effektiv durchgreifen, wenn klar ist, wer wirklich hinter einer Briefkastenfirma steht“, so Markus Ferber. „Künftig wird es durch ein öffentlich einsehbares Register mehr Transparenz geben. Damit werden die tatsächlich wirtschaftlich Begünstigten hinter komplexen Firmenstrukturen offengelegt.“



www.markus-ferber.de
E-Mail: info@markus-ferber.de

